

1982

Ausgegeben zu Bonn am 17. März 1982

Nr. 11

Tag	Inhalt	Seite
25. 2. 82	Verordnung über die Erteilung von Auskünften zum Stand der Technik neu: 420-6; 420-4	313
9. 3. 82	Erste Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt 9500-10	315
10. 3. 82	Vierte Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Lotsordnung 9515-10	319
10. 3. 82	Verordnung über die zu Börsentermingeschäften zugelassenen Wertpapiere (Börsentermin- geschäfts-Zulassungsverordnung – BörsTermZulV) neu: 4115-29-6; 4115-29-4, 4115-29-5	320
10. 3. 82	Fünfzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die automatische Verschreibungs- pflicht 2121-51-7	322
11. 3. 82	Fünfte Verordnung über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrs- gebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes (Fünfte Fördergebiets- und Fremdenverkehrs- gebietsverordnung) neu: 707-6-8; 707-6-7	324
8. 3. 82	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 5 Abs. 3 Nr. 3 des Betriebsverfassungs- gesetzes) 1104-5, 801-7	325
<hr/>		
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 11	326
	Verkündungen im Bundesanzeiger	326
	Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	327

Mit dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes wird den Abonnenten die Neuauflage des Fundstellennachweises A (Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR), abgeschlossen am 31. Dezember 1981, gesondert übersandt.

Verordnung über die Erteilung von Auskünften zum Stand der Technik Vom 25. Februar 1982

Auf Grund des § 29 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Patentgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 1) in Verbindung mit der Verordnung über die Übertragung der Ermächtigung nach § 23 Abs. 3 Satz 3 des Patentgesetzes vom 25. Januar 1979 (BGBl. I S. 114) wird verordnet:

§ 1

(1) Auf Antrag erteilt das Patentamt ohne Gewähr für Vollständigkeit Auskünfte zum Stand der Technik auf allen Gebieten der Technik.

(2) Die Auskunft wird durch Mitteilung der öffentlichen Druckschriften erteilt, die für einen genau beschriebenen Sachverhalt als Stand der Technik in Betracht zu ziehen oder in denen Lösungen zu einer genau geschilderten technischen Aufgabenstellung beschrieben sind. Eine Bewertung des Inhalts der ermittelten Druckschriften findet nicht statt.

§ 2

Der Antrag ist in deutscher Sprache schriftlich in zwei übereinstimmenden Stücken einzureichen und muß enthalten:

1. die Erklärung, daß eine Auskunft zum Stand der Technik nach dieser Verordnung beantragt wird. Dabei kann ein Zeitraum angegeben werden, auf den die Ermittlung der öffentlichen Druckschriften beschränkt werden soll;

2. die genaue Beschreibung des technischen Sachverhalts, der Gegenstand des Antrags ist; gegebenenfalls sind Zeichnungen beizufügen und, falls erforderlich, eine kurze Zusammenfassung der Merkmale. Einheiten im Meßwesen sind in Übereinstimmung mit dem Gesetz über Einheiten im Meßwesen und der hierzu erlassenen Ausführungsverordnung in den jeweils geltenden Fassungen anzugeben. Bei chemischen Formeln sind die auf dem Fachgebiet national oder international anerkannten Zeichen und Symbole zu verwenden;
3. den Vor- und Zunamen, die Firma oder die sonstige Bezeichnung des Antragstellers, den Wohnsitz oder Sitz und die Anschrift (Straße und Hausnummer, Postleitzahl, Ort, gegebenenfalls Postzustellbezirk). Bei ausländischen Orten sind auch Staat und Bezirk anzugeben; ausländische Ortsnamen sind zu unterstreichen;
4. falls ein Vertreter bestellt worden ist, seinen Namen mit Anschrift; die Vollmacht ist als Anlage dem Antrag beizufügen. Auf eine beim Patentamt hinterlegte Vollmacht ist unter Angabe der Hinterlegungsnummer hinzuweisen. Die Bestellung mehrerer Vertreter ist zulässig;
5. falls mehrere Personen ohne einen gemeinsamen Vertreter den Antrag stellen oder mehrere Vertreter mit verschiedener Anschrift bestellt sind, die Angabe, wer als Zustellungsbevollmächtigter zum Empfang amtlicher Bescheide befugt ist;
6. die Unterschrift des Antragstellers oder des Vertreters.

§ 3

Mit dem Antrag ist eine Gebühr nach dem Tarif zu entrichten; wird sie nicht entrichtet, so gilt der Antrag als nicht gestellt.

§ 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel XI § 2 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) auch im Land Berlin.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 19. Juni 1979 über die Erteilung von Auskünften zum Stand der Technik (BGBl. I S. 1019) außer Kraft.

München, den 25. Februar 1982

Der Präsident des Deutschen Patentamts
Dr. Häußner

**Erste Verordnung
zur Änderung der Kostenverordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes
auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt**

Vom 9. März 1982

Auf Grund des § 3 b Abs. 2 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9500-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1965 (BGBl. II S. 873) eingefügt und zuletzt durch § 13 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2121) geändert worden ist, und des § 9 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Schifferdienstbücher in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9503-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch Artikel 22 des Gesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 805) geändert worden ist, in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821), wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen verordnet:

Artikel 1

Die Kostenverordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 22. Oktober 1980 (BGBl. I S. 2008) wird wie folgt geändert:

1. Der Abschnitt I des Gebührenverzeichnisses erhält die aus der Anlage ersichtliche Fassung.
2. Im Anhang zu dem Gebührenverzeichnis sind in Nummer 1 die Worte „(BSchPatentVO) vom 15. Juni 1956 (BGBl. II S. 722)“ durch die Worte „(Binnenschifferpatentverordnung – BinSchPatentV) vom 7. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1333)“ zu ersetzen und die Nummern 3 und 4 zu streichen.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach §14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. April 1982 in Kraft.

Bonn, den 9. März 1982

Der Bundesminister für Verkehr
Hauff

Anlage

Laufende Nummer	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Fundstellenhinweis im Anhang Nummer	Gebühr DM
I. Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Ausstellung von Befähigungszeugnissen und Schifferdienstbüchern				
1.	Schifferpatent, Rheinschifferpatent, Kleines Patent, Schifferausweis, Penichen-Patent, Sportschifferpatent, Sportschifferzeugnis, Polizeibootpatent und Feuerlöschbootpatent	§§ 6, 8, 9, 10, 11, 14, 15 und 20 Binnenschifferpatentverordnung,	1	
		§§ 1, 3, 6, 7, 8, 9 und 10 Rheinschifferpatentverordnung	2	
a)	Prüfung			110,-
b)	Teilprüfung	§ 21 Binnenschifferpatentverordnung,	1	85,-
		Artikel 5 Einführungsverordnung zur Rheinschifferpatentverordnung	2 a	
c)	ohne Prüfung	§ 26 Abs. 2 und § 30 Binnenschifferpatentverordnung	1	55,-
d)	Erweiterung	§ 16 Binnenschifferpatentverordnung,	1	
	- mit Prüfung je nach Umfang	§ 15 Rheinschifferpatentverordnung	2	55,- bis 85,-
	- ohne Prüfung	§ 25 Abs. 2 und 3 Binnenschifferpatentverordnung	1	25,-
2.	Fährführerschein	§§ 6, 12 und 20 Binnenschifferpatentverordnung,	1	
a)	Prüfung für Fahren	§ 27 Abs. 1 Nr. 3 Rheinfährordnung	16	
	- mit eigener Triebkraft			45,-
	- ohne eigene Triebkraft			25,-
b)	ohne Prüfung	§ 26 Abs. 2 Binnenschifferpatentverordnung	1	25,-
c)	Erweiterung oder Erstreckung	§ 16 Binnenschifferpatentverordnung,	1	
	- mit Prüfung	§ 28 Rheinfährordnung	16	45,-
	- ohne Prüfung			25,-
3.	Streckenzeugnis	§§ 13 und 20 Binnenschifferpatentverordnung	1	
a)	Prüfung			85,-
b)	Erweiterung	§§ 16 und 25 Binnenschifferpatentverordnung	1	
	- mit Prüfung je nach Umfang			55,- bis 85,-
	- ohne Prüfung			25,-

Laufende Nummer	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Fundstellenhinweis im Anhang Nummer	Gebühr DM
4.	Radarschiffer-Zeugnis	§ 3 Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein	5	
	a) Prüfung			125,-
	b) Prüfung für das besondere Radarschiffer-Zeugnis	Artikel 4 Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein	5 a	90,-
5.	Lotsenpatent	§ 3 Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim/Ludwigshafen,	8	
	a) Prüfung	Gesetz, betreffend die Ausführung der Revidierten Rheinschiffahrtsakte	6	110,-
	b) Erweiterungsprüfung um eine bis drei Strecken	Verordnung über die Erweiterung älterer Lotsenpatente für den Mittelrhein	7	55,-
6.	Flößerpatent	§ 33 Binnenschifferpatentverordnung	1	55,-
7.	Befähigungszeugnis für die Eder- und Diemeltalsperre	§ 4 Verordnung über die Zulassung und den Verkehr von Fahrzeugen auf der Eder- und der Diemeltalsperre	14	110,-
8.	Erteilung einer Erlaubnis zum Führen von Fahrzeugen ohne Befähigungszeugnis	§ 5 Abs. 1 Binnenschifferpatentverordnung	1	20,-
9.	Ausfertigung oder Ersatzausfertigung eines unter Nummer 1 bis 7 aufgeführten Befähigungs- oder Streckenzeugnisses			25,-
10.	Beurkundung einer Erweiterung oder Erstreckung eines Befähigungs- oder Streckenzeugnisses			20,-
11.	Verlängerung eines Befähigungs- oder Streckenzeugnisses oder Erteilung einer entsprechenden besonderen Bescheinigung	§ 24 Abs. 2 Binnenschifferpatentverordnung, § 14 Nr. 2 Rheinschifferpatentverordnung	1 2	20,-
12.	Umtausch alter Befähigungsnachweise	§ 29 Binnenschifferpatentverordnung, § 17 Nr. 1 Rheinschifferpatentverordnung, Artikel 11 Abs. 2 Einführungsverordnung zur Rheinschifferpatentverordnung, § 51 Rheinfährenordnung	1 2 2 a 16	25,-
13.	Ausstellung eines Fahrtenheftes	§ 7 Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim/Ludwigshafen	8	10,-

Laufende Nummer	Gegenstand	Rechtsgrundlage	Fundstellenhinweis im Anhang Nummer	Gebühr DM
14.	Ausstellung oder Ersatzausfertigung eines Schifferdienstbuches oder Ausstellung eines Fortsetzungsbuches	§ 3 Gesetz über Schifferdienstbücher,	9	5,-
		§ 1 Abs. 1 und 2 Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Schifferdienstbücher,	10	
		§ 7 Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim/Ludwigshafen	8	
15.	Überprüfung eines Schifferdienstbuches je angefangene Seite mindestens höchstens	§ 7 Gesetz über Schifferdienstbücher,	9	1,- 4,- 30,-
		§ 7 Abs. 3 Lotsenordnung für den Rhein zwischen Basel und Mannheim/Ludwigshafen	8	

**Vierte Verordnung
zur Änderung der Allgemeinen Lotsordnung
Vom 10. März 1982**

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über das Seelotswesen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9515-1, veröffentlichten bereinigten Fassung wird verordnet:

Artikel 1

Die Allgemeine Lotsordnung vom 11. August 1972 (BGBl. I S. 1513), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 8. Dezember 1980 (BGBl. I S. 2238), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „Feuerschiff ‚Weser‘“ durch die Worte „der ‚Großtonne Weser‘“ ersetzt.
2. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Fahrzeugs“ durch das Wort „Schiffes“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4 Satz 2 wird das Wort „Fahrzeugen“ durch das Wort „Schiffen“ ersetzt.
3. In § 12 wird das Wort „Fahrzeuge“ durch das Wort „Schiffe“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 61 des Gesetzes über das Seelotswesen auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. April 1982 in Kraft.

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister für Verkehr
Hauff

**Verordnung
über die zu Börsentermingeschäften zugelassenen Wertpapiere
(Börsentermingeschäfts-Zulassungsverordnung – BörsTermZulV)**

Vom 10. März 1982

Auf Grund des § 63 Abs. 1 des Börsengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4110-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der durch das Gesetz vom 28. April 1975 (BGBl. I S. 1013) geändert worden ist, wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Optionspapiere

Börsentermingeschäfte in der Form der Einräumung des Rechts, Lieferung oder Abnahme von Wertpapieren zu verlangen (Optionsgeschäft), sind in den Aktien der folgenden Gesellschaften zulässig:

A. Inländische Gesellschaften:

1. AEG-TELEFUNKEN AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin und Frankfurt (M)
2. BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen (Rhein)
3. Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen
4. BAYERISCHE HYPOTHEKEN- und WECHSELBANK AKTIENGESELLSCHAFT, München
5. BAYERISCHE MOTOREN WERKE AKTIENGESELLSCHAFT, München
6. BAYERISCHE VEREINSBANK AKTIENGESELLSCHAFT, München
7. BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK, Frankfurt (M) und Berlin
8. BERLINER KRAFT- UND LICHT (BEWAG) – AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin, Aktien der Gruppe A
9. Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft, Mannheim
10. COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT, Düsseldorf
11. Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft, Hannover
12. Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Stuttgart-Untertürkheim
13. Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)
14. Degussa Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)
15. Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft, Köln
16. Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)
17. Gutehoffnungshütte Aktienverein Aktiengesellschaft, Oberhausen

18. Hoechst Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)
19. Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund
20. Kali und Salz Aktiengesellschaft, Kassel
21. KARSTADT Aktiengesellschaft, Essen
22. Kaufhof Aktiengesellschaft, Köln
23. Klöckner-Humboldt-Deutz Aktiengesellschaft, Köln
24. Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Duisburg
25. Linde Aktiengesellschaft, Wiesbaden
26. MANNESMANN Aktiengesellschaft, Düsseldorf
27. M.A.N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft, Augsburg
28. METALLGESELLSCHAFT AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (M)
29. PREUSSAG Aktiengesellschaft, Berlin und Hannover
30. RHEINISCH-WESTFÄLISCHES ELEKTRIZITÄTSWERK AKTIENGESELLSCHAFT, Essen
31. Rütgerswerke Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)
32. SCHERING AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin und Bergkamen (Westf)
33. SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin und München
34. THYSSEN AKTIENGESELLSCHAFT, Duisburg
35. VARTA AKTIENGESELLSCHAFT, Bad Homburg v.d.H.
36. VEBA Aktiengesellschaft, Bonn und Berlin
37. Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft, Dortmund
38. VOLKSWAGENWERK AKTIENGESELLSCHAFT, Wolfsburg
39. DEUTSCHE BABCOCK AKTIENGESELLSCHAFT, Oberhausen, Stammaktien und Vorzugsaktien
40. Mercedes-Automobil-Holding Aktiengesellschaft, Frankfurt (M)
41. Aktiengesellschaft für Industrie- und Verkehrswesen, Frankfurt (M)
42. Harpener Aktiengesellschaft, Dortmund

B. Ausländische Gesellschaften:

1. N.V. Gemeenschappelijk Bezit van Aandeelen Philips' Gloeilampenfabrieken, Eindhoven (Niederlande)

2. N.V. Koninklijke Nederlandsche Petroleum Maatschappij (Royal Dutch Petroleum Company), Den Haag (Niederlande)
3. UNILEVER N.V., Rotterdam (Niederlande)
4. Alcan Aluminium Limited, Montreal (Kanada)
5. Chrysler Corporation, Wilmington (County of New Castle/USA)
6. General Motors Corporation, Wilmington (Delaware 19899/USA)
7. International Business Machines Corporation, Armonk (New York 10504/USA)
8. Litton Industries Inc., Dover (Delaware/USA)
9. Sony Corporation (Sony Kabushiki Kaisha), Tokio (Japan)
10. Sperry Corporation, Wilmington (Delaware/USA)
11. Xerox Corporation, Rochester (New York/USA)
12. Norsk Hydro a.s., Notodden (Norwegen)
13. Société Nationale Elf Aquitaine, Courbevoie (Hauts-de-Seine/Frankreich).

§ 2

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 Satz 2 des Gesetzes zur Änderung des Börsengesetzes vom 28. April 1975 (BGBl. I S. 1013) auch im Land Berlin.

§ 3

Inkrafttreten; abgelöste Vorschriften

Diese Verordnung tritt am 1. April 1982 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. die Vierte Verordnung über die Zulassung von Wertpapieren zu Börsentermingeschäften vom 9. April 1976 (BGBl. I S. 1008),
2. die Fünfte Verordnung über die Zulassung von Wertpapieren zu Börsentermingeschäften vom 9. März 1978 (BGBl. I S. 387).

Bonn, den 10. März 1982

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

**Fünfzehnte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die automatische Verschreibungspflicht
Vom 10. März 1982**

Auf Grund des § 49 Abs. 4 Nr. 1 und 2 des Arzneimittelgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2445, 2448) wird vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit sowie auf Grund des § 25 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1945, 1946) vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft verordnet:

Artikel 1

Die Anlage zu der Verordnung über die automatische Verschreibungspflicht vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 917), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1418), wird um folgende Positionen ergänzt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Ende der Verschreibungspflicht nach § 49 AMG
229	Albendazol , Methyl-5-propylthio-2-benzimidazolcarbamat und seine Salze – zur Anwendung bei Tieren –	1. Juli 1987
230	Apramycin , 4-O-[3 α -Amino-6 α -(4-amino-4-desoxy- α -D-glucopyranosyloxy)-2,3,4,4a β ,6,7,8,8a α -octahydro-8 β -hydroxy-7 β -methylaminopyrano[3,2-b]pyran-2 α -yl]-2-desoxy-D-streptamin und seine Salze – zur Anwendung bei Tieren –	1. Juli 1987
231	Bromperidol , 4-[4-(4-Bromphenyl)-4-hydroxypiperidino]-4'-fluorbutyrophenon und seine Salze	1. Juli 1987
232	Buflomedil , 2',4',6'-Trimethoxy-4-(1-pyrrolidiny)butyrophenon und seine Salze	1. Juli 1987
233	Carteolol , 5-(3- <i>tert</i> -Butylamino-2-hydroxypropoxy)-3,4-dihydro-2(1 <i>H</i>)-chinolinon und seine Salze	1. Juli 1987
234	Clavulansäure , (<i>Z</i>)-(2 <i>R</i> ,5 <i>R</i>)-3-(2-Hydroxyethyliden)-7-oxo-4-oxa-1-azabicyclo[3.2.0]heptan-2-carbonsäure und ihre Salze	1. Juli 1987
235	Minoxidil , 6-Piperidino-2,4-pyrimidin-diamin-3-oxid und seine Salze	1. Juli 1987

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 8 des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2445) auch im Land Berlin.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Kosmetische Mittel, die in Artikel 1 dieser Verordnung aufgeführte Stoffe oder Zubereitungen enthalten, dürfen noch zwölf Monate nach dem Inkrafttreten weiterhin hergestellt, eingeführt und in den Verkehr gebracht werden, soweit dies bisher zulässig war. § 24 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes sowie auf Grund des § 26 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes erlassene Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Bonn, den 10. März 1982

**Der Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Antje Huber**

**Fünfte Verordnung
über die förderungsbedürftigen Gebiete
und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagengesetzes
(Fünfte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung)**

Vom 11. März 1982

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 des Investitionszulagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1979 (BGBl. I S. 24) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

(1) Förderungsbedürftige Gebiete im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Investitionszulagengesetzes sind die Gebiete der Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Gemeindeteile, die mit Wirkung vom 1. Januar 1981 in Abschnitt II der Bekanntmachung der Regelungen, Fördergebiete, Schwerpunkttore mit ihren Förderungshöchstsätzen und Fremdenverkehrsgebiete des zehnten Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 8. Juli 1981 (BAnz. Nr. 215 vom 14. November 1981), ergänzt durch die Bekanntmachung vom 2. Februar 1982 (BAnz. Nr. 25 vom 6. Februar 1982), als Fördergebiete bezeichnet sind, soweit sie nicht förderungsbedürftige Gebiete im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 des Investitionszulagengesetzes sind.

(2) Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 des Investitionszulagengesetzes sind die Gebiete der Kreise, kreisfreien Städte, Gemeinden und Gemeindeteile, die mit Wirkung vom 1. Januar 1981 in Abschnitt IV der in Absatz 1 genannten Bekanntmachung als Fremdenverkehrsgebiete bezeichnet sind, soweit sie förderungsbedürftige Gebiete im Sinne des § 3 Abs. 1 des Investitionszulagengesetzes sind.

§ 2

Zu den förderungsbedürftigen Gebieten oder zu den Fremdenverkehrsgebieten gehören auch Geländeflächen, die durch Aufspülung, Eindeichung oder andere

Maßnahmen gewonnen und in eine Gebietskörperschaft eingegliedert werden, die förderungsbedürftiges Gebiet oder Fremdenverkehrsgebiet ist.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 7 des Investitionszulagengesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1981 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 die Vierte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung vom 28. Dezember 1978 (BGBl. 1979 I S. 33) außer Kraft.

(2) Die Vierte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebietsverordnung ist weiter anzuwenden auf Investitionsvorhaben in Gebieten, die auf Grund dieser Verordnung nicht mehr zu den förderungsbedürftigen Gebieten oder zu den Fremdenverkehrsgebieten gehören, wenn die Bescheinigung im Sinne des § 2 des Investitionszulagengesetzes

1. bei den Gebieten, die in Abschnitt VI der in § 1 Abs. 1 genannten Bekanntmachung bezeichnet sind, bis zum 31. März 1982 beantragt worden ist,
2. bei den Gebieten, die in Abschnitt VII der in § 1 Abs. 1 genannten Bekanntmachung bezeichnet sind, bis zum 31. Dezember 1983 beantragt worden ist,

und soweit die Wirtschaftsgüter, Ausbauten und Erweiterungen, die im Zusammenhang mit einem solchen Investitionsvorhaben angeschafft oder hergestellt werden, innerhalb von drei Jahren nach den in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Zeitpunkten geliefert oder fertiggestellt worden sind.

Bonn, den 11. März 1982

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 24. November 1981 – 2 BvL 4/80 –, ergangen auf Vorlage des Landesarbeitsgerichts Hamburg, wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 5 Absatz 3 Nummer 3 des Betriebsverfassungsgesetzes vom 15. Januar 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 13) ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 8. März 1982

Der Bundesminister der Justiz
Schmude

Bundesgesetzblatt**Teil II****Nr. 11, ausgegeben am 11. März 1982**

Tag	Inhalt	Seite
10. 2. 82	Bekanntmachung des Protokolls vom 28. November 1979 über den Beitritt Kolumbiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen	209
18. 2. 82	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Genfer Protokolls zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle	213
18. 2. 82	Bekanntmachung der Neufassung vom 1. Juni 1979 der Ausführungsordnung zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle	214
19. 2. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	248
19. 2. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	248
23. 2. 82	Bekanntmachung des deutsch-britischen Verwaltungsabkommens über die Rechtsstellung der Regierungsfrachtagentur Hogg Robinson (GFA) Ltd. in der Bundesrepublik Deutschland	249
24. 2. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten	252
24. 2. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters	252
25. 2. 82	Bekanntmachung zu dem Patentszusammenarbeitsvertrag	253
25. 2. 82	Bekanntmachung der deutsch-belgischen Vereinbarung über die Prüfung und Stempelung von Meßgeräten	253
26. 2. 82	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	255

Preis dieser Ausgabe: 4,60 DM (3,60 DM zuzüglich 1,- DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,10 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99 - 509 oder gegen Vorausrechnung.

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (BGBl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr. vom	Tag des Inkrafttretens
17. 2. 82 Erste Verordnung der Bundesanstalt für Flugsicherung zur Änderung der Fünfundachtzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Meldepunkten, Streckenführungen und Reiseflughöhen für Flüge nach Instrumentenflugregeln im unteren kontrollierten Luftraum) 96-1-2-85	47 10. 3. 82	15. 4. 82
17. 2. 82 Erste Verordnung der Bundesanstalt für Flugsicherung zur Änderung der Sechsendachtzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Meldepunkten, Streckenführungen und Reiseflughöhen für Flüge nach Instrumentenflugregeln im oberen kontrollierten Luftraum) 96-1-2-86	47 10. 3. 82	15. 4. 82

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften – Ausgabe in deutscher Sprache – vom Nr./Seite	
Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
3. 3. 82 Verordnung (EWG) Nr. 507/82 der Kommission zur Fortsetzung der Aktionen gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1993/78 zur Verkaufsförderung außerhalb der Gemeinschaft von Milcherzeugnissen aus der Gemeinschaft	4. 3. 82	L 61/15
5. 3. 82 Verordnung (EWG) Nr. 524/82 der Kommission zur dritten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3172/80 über die Durchführungsvorschriften für die Verbrauchsbeihilfe für Olivenöl	6. 3. 82	L 63/7
5. 3. 82 Verordnung (EWG) Nr. 526/82 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zu der 1982 auf dem Schaf- und Ziegenfleischsektor für bestimmte Drittländer geltenden Einfuhrregelung	6. 3. 82	L 63/11
5. 3. 82 Verordnung (EWG) Nr. 527/82 der Kommission zur Änderung der Vorschlagsfristen gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 271/82, (EWG) Nr. 272/82 und (EWG) Nr. 273/82 über die Erweiterung der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse	6. 3. 82	L 63/13
Andere Vorschriften		
15. 2. 82 Verordnung (EWG) Nr. 449/82 des Rates zur Durchführung einer Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1983	2. 3. 82	L 59/1
2. 3. 82 Verordnung (EWG) Nr. 505/82 der Kommission zur Wiedereinführung der Erhebung der Zölle für Acrylnitril der Tarifnummer ex 29.27, mit Ursprung in Brasilien, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3601/81 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 3. 82	L 61/13
2. 3. 82 Verordnung (EWG) Nr. 506/82 der Kommission über die Wiedereinführung des Zollsatzes für gummielastische Gewebe, ausgenommen Gewirke, der Warenkategorie Nr. 105 (Kennziffer 1050), mit Ursprung in Thailand, dem die in der Verordnung (EWG) Nr. 3602/81 des Rates vorgesehenen Zollpräferenzen gewährt werden	4. 3. 82	L 61/14

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolntarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,80 DM (1,20 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,30 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1981

Auslieferung ab Februar 1982

Teil I: 14,80 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 14,80 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

6,5% MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99–509

oder gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1981 des Bundesgesetzblattes Teil I und Teil II wurden den Ausgaben des Bundesgesetzblattes 1982 Teil I der Nr. 3 und für Teil II der Nr. 4 im Rahmen des Abonnements beigelegt.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.

Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1